

Goldmine im Kongo



Der Fluch der Ressourcen

Ausgerechnet in jenen Staaten, die gewaltige Vorkommen an Öl, Gas oder Edelmetallen besitzen, herrschen Armut, Korruption und Misswirtschaft. Ginge es den Menschen in Nigeria, im Kongo oder in Russland ohne Rohstoffe besser?

Eine zähe Brühe schwappt gegen die Kokospalmen, sie ist schwarz und übelriechend. Auch die Bananenstauden sind ölverschmiert, sie ragen kahl in den Tropenhimmel, als hätte kurz zuvor ein Brand hier gewütet. Es sieht aus wie auf einem Schlachtfeld in Kpor, zwei Autostunden südöstlich von Nigerias Ölhauptstadt Port Harcourt.

Früher pflanzten die Bauern hier Mais, Kasava oder Yam an. Seit aber das Bohrloch 18 des Bomu-Ölfeldes vor zwei Jahren leckte, sind die Mangrovensümpfe im Ogoniland kilometerweit vollgelaufen. „Wir haben ständig bei der Regierung angerufen, aber niemand ist gekommen“, klagt Lekagah N. Lekagah, der Dorfälteste. Jetzt wächst hier nichts mehr, der Boden ist tot – und doch bleibt er überaus wertvoll und umkämpft.

Nigeria gehört zu den großen Hoffnungen im weltweiten Ölgeschäft. Kaum irgendwo sonst werden derzeit so gewaltige Felder entdeckt, die Ölfirmen wollen die Förderung hier in zehn Jahren verdoppeln. Das Land ist von der Natur verwöhnt, es könnte so reich sein. Stattdessen wird es ruiniert.

Mehr als 130 bewaffnete Milizen kämpfen um Einfluss, das Land ist zerrüttet, seine Menschen werden in ständigen Konflikten zermürbt. So chaotisch sind die Zustände, dass der Welt sechstgrößter Öl-exporteur Kraftstoff importieren muss: Es gibt zu wenige Raffinerien, die funktionieren.

Hinter solchen Widersprüchen steckt System. Sie sind oft gerade dort zu beobachten, wo Öl und Gas, Gold, Silber und Kupfer, Diamanten, Rubine und Saphire gefördert werden. Ausgerechnet in jenen Staaten, die über große Rohstoffvorkommen verfügen, herrschen Armut und Elend, grassieren Krieg und Gewalt, ihre Volkswirtschaften haben den Anschluss an die Wissensgesellschaft verloren.

Die US-Ökonomen Jeffrey Sachs und Andrew Warner haben vor Jahren schon den Zusammenhang genauer untersucht und dabei „eine ziemlich belastbare

Tatsache“ entdeckt: Rohstoffreiche Staaten verzeichnen meist ein deutlich geringeres Wachstum als Länder, in denen Bodenschätze keine so große Rolle spielen.

Nigeria ist dafür ein eklatantes Beispiel: Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen betrug vor 25 Jahren 913 Dollar, damals war das Land ein bedeutender Agrarexporteur. Heute verdienen die 135 Millionen Nigerianer im Schnitt nur noch 645 Dollar; sie leben oft ohne Strom, ohne fließendes Wasser, ohne ausgebautes Straßennetz – obwohl sich die Öleinnahmen seitdem verdoppelt haben.

Oder Venezuela, früher eine international geachtete Demokratie in Lateinamerika – bis in den Siebzigern der große Ölboom begann. Der zuständige Minister Juan Pablo Pérez Alfonso ahnte damals die Gefahren, er sprach vom Öl als den „Exkrementen des Teufels“. Und er hat recht behalten: Auch in Venezuela liegt das Pro-Kopf-Einkommen kaum höher als vor 25 Jahren.

Oder Russland: Der Öl- und Gasboom der vergangenen Jahre hat eine kleine Clique staatstreuer Oligarchen märchenhaft reich werden lassen. Die breite Mas-

se geht leer aus: Fast 70 Prozent der Russen verdienen monatlich weniger als 200 Euro, 27 Prozent bringen nicht einmal 100 Euro nach Hause. Russland verwandelt sich „unweigerlich in ein Gas-Nigeria“, warnt Jurij Solosobow vom Moskauer Institut für Nationale Strategie.

Reiche Böden, armes Volk: Dieses Phänomen ist nicht auf die Förderländer fossiler Brennstoffe beschränkt, es tritt auch dort auf, wo Metalle oder Mineralien abgebaut werden. In Staaten wie dem Kongo, wie Surinam oder Sierra Leone, die vom Bergbau abhängig sind, schrumpfte die Wirtschaft je Einwohner laut Berechnungen der Weltbank in den neunziger Jahren um fast 11 Prozent, während sie weltweit um 17 Prozent wuchs.

Vom „Paradox des Überflusses“ sprechen die Volkswirte, wenn sie solche Widersprüche beschreiben, oder, ein bisschen geheimnisvoller, vom „Fluch der Ressourcen“. Er lastet nicht nur auf der Wirtschaft der Länder, er stürzt das gesamte Staatswesen ins Unglück – und die Bevölkerung leidet darunter am meisten.

Wo ein Land von Bodenschätzen lebt, da sind oft autoritäre Regime an der Macht, die die Menschenrechte missachten und Minderheiten unterdrücken. Da ist die Kindersterblichkeit besonders hoch – im Kongo zum Beispiel liegt sie im östlichen Teil bei 41 Prozent – und die Lebenserwartung besonders niedrig. Da sind Korruption und Vetternwirtschaft allgegenwärtig. Da wird kaum ein Cent investiert, jedenfalls nicht in Straßen, Schulen und Krankenhäuser, sondern höchstens in Waffen.

Die Militärausgaben verschlingen in den Opec-Staaten fast ein Fünftel des Staatshaushalts. Für Schüler und Studenten geben die Mitglieder des Ölkartells hingegen nur halb soviel aus wie der Rest der Welt im Durchschnitt.

Der Oxford-Professor und Weltbank-Ökonom Paul Collier hat berechnet, wie hoch in solchen Staaten die Wahrscheinlichkeit für einen Bürgerkrieg ist. Das Ergebnis: Mangelt es einem Land an Bodenschätzen, beträgt das Konfliktrisiko ein halbes Prozent. Lebt es aber überwiegend davon, steigt es auf 23 Prozent. Rohstoffe seien „der bedeutsamste Risikofaktor“ für ein Gemeinwesen, meint Collier,



Demokratische Republik Kongo: Diamanten



Diamantensucher, Händler

26% aller weltweit bekannten Diamantenvorkommen lagern hier, außerdem große Mengen an Gold, Kupfer und Coltan. Die Bodenschätze sind hart umkämpft, seit Jahren tobt ein Bürgerkrieg in dem zentralafrikanischen Staat. Rund vier Millionen Menschen, so wird geschätzt, hat der Konflikt im Osten des Landes seit 1998 schon das Leben gekostet.

BIP je Einwohner	115 \$
Korruption (159 erfasste Länder)	144. Rang
Lebenserwartung	43,1 Jahre



Shell-Mitarbeiter in Nigeria: 80 Prozent der Erlöse gehen an den Staat

wichtiger noch als historische, geographische oder ethnische Motive.

Es ist ein fataler Mechanismus: Die Rohstoffe sind wertvoll, deshalb sind sie umkämpft. Dieser Kampf aber ist nur zu führen, weil er durch die Erlöse aus den Bodenschätzen finanziert wird. Und da die Ressourcen eine schier unerschöpfliche Geldquelle darstellen, zieht sich der Konflikt dahin, über Jahre und Jahrzehnte. So haben die Rebellen der Unita den langen Krieg in Angola hauptsächlich mit dem Verkauf von Edelsteinen bezahlt, sie werden passenderweise „Blutdiamanten“ genannt.

Der Fluch der Ressourcen – das klingt beinahe so, als ob die desolante Entwicklung unvermeidlich wäre. Gehört es also tatsächlich zum unabdingbaren Schicksal rohstoffreicher Länder, stets schlechter abzuschneiden als andere Staaten? Würde es den Menschen in Nigeria oder Angola vielleicht sogar bessergehen, wenn es dort keine Bodenschätze gäbe? Oder hat es

eher mit dem kolonialen Erbe zu tun, dass diese Staaten nicht prosperieren?

Die Vergangenheit hängt wie ein Schatten über vielen Rohstoffländern. Generationenlang haben die Industriestaaten die Kolonien ausgebeutet: Frankreich besorgte sich Kohle, Blei und Zink aus Indochina, die Belgier schürften im Kongo nach Gold, die Briten ließen in Südafrika nach Diamanten graben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befreiten sich die Länder des Südens von der Fremdherrschaft, auch wenn manche Abhängigkeit bestehen blieb. Vielfach verstaatlichten sie die Minen und Bergbauergesellschaften. Dennoch hat sich die Lage für die meisten Menschen nicht unbedingt verbessert, die Bewohner des Andenhochlands in Bolivien haben es leidvoll erfahren.

Schon vor über vier Jahrhunderten begannen dort die spanischen Eroberer, die Vorkommen am Cerro Rico („Reicher

Berg“) systematisch auszubeuten (siehe Seite 83). Das Silber ließ ihr Weltreich aufblühen, es machte Potosí am Fuße des rostrotten Gipfels zu einer der reichsten Städte der Erde. Möbel und Pianoforte wurden auf Mauleseln ins Hochland geschleppt, mit dem Erz aus Potosí finanzierte der spanische Hof seine Flotte und seine Paläste. Nur die Einheimischen hatten meist nichts davon. Die Indios leisteten untertägige Fronarbeit, sie ruinierten sich ihre Gesundheit, viele ließen im Berg ihr Leben.

Die Revolution von 1952 versprach das Ende der Ausbeutung, sämtliche Bergwerke wurden verstaatlicht. Doch an den Arbeitsbedingungen änderte sich nichts. Vielmehr wuchs die Korruption, die Verwaltung wurde aufgebläht, immer wieder legten Streiks die staatliche Mininggesellschaft Comibol lahm.

Als Mitte der achtziger Jahre die Rohstoffpreise abstürzten, verlor der Staat das Interesse am Bergbau. Bolivien überließ

kleinen, privaten Kooperativen das Geschäft, seitdem schürfen sie am Cerro Rico nach Silber. Es ist nach wie vor ein Knochenjob.

Seit der Indioführer Evo Morales die Präsidentschaftswahl gewonnen hat, müssen die Kooperativen allerdings um ihren Fortbestand bangen. Die neue Linksregierung will jetzt, da die Preise in die Höhe schießen, die Minen erneut verstaatlichen und Comibol wiederbeleben – zum Verdruss der Bergbaufunktionäre. „Wenn die Regierung uns die Minen wegnimmt, gibt es Krieg“, sagt Gerardo Pakuli, Präsident einer der Kooperativen.

Das Beispiel Bolivien zeigt: Ob nun Kolonialherren, Staatsbetriebe oder private Kooperativen das Rohstoffgeschäft bestimmen – das Volk darbt weiter. Bolivien, der „Bettler auf dem silbernen Thron“, ist heute das ärmste Land Südamerikas. Was ihm fehlt, sind starke Institutionen, die zuverlässig arbeiten: Regierungen, die Eigentum respektieren, Behörden, die berechenbar sind.

„Die Qualität der Institutionen entscheidet darüber, ob der Reichtum an Bodenschätzen zum Fluch oder Segen wird“, schlussfolgern die Ökonomen Hal-

vor Mehlum, Karl Moene und Ragnar Torvik in einer neuen Studie.

Was die Angelsachsen „Good Governance“ nennen, wird zur wichtigsten Voraussetzung für breiten Wohlstand in rohstoffreichen Ländern. Die Schwierigkeit ist bloß, dass ihre Regierungen es überhaupt nicht nötig haben, für Recht und Ordnung zu sorgen. Ihr Auskommen ist durch die Bodenschätze gesichert, sie sind nicht mal darauf angewiesen, dass die Bürger Steuern zahlen.

Wer aber von den Bürgern nichts verlangen muss, dem entstehen auch keine Pflichten. Der muss sich nicht um Straßen, Schulen oder öffentliche Einrichtungen kümmern, sondern versenkt lieber Geld in protzige Repräsentationsbauten. Und der muss keine Rechenschaft darüber ablegen, wofür er die Einnahmen überhaupt verwendet.

Es sind die typischen Ausprägungen eines „Rentenstaates“, wie Ökonomen Volkswirtschaften nennen, die Profite ern-

ten, ohne vorher säen zu müssen: Alles fällt ihnen in den Schoß. Sie neigen dazu, über ihre Verhältnisse zu leben. Sie denken nur an das Heute, obwohl gerade das zyklische Geschäft mit Rohstoffen langfristiger Planung bedarf. „Wenn dann aber die Krise kommt, geraten die Volkswirtschaften ins Wanken, entzünden sich soziale Unruhen, und sogar die stabilsten Regime brechen plötzlich zusammen“, so die Stanford-Politologin Terry Lynn Karl.

Den Staatswirtschaften fehlt der Druck, sich zu verändern, sich fortzuentwickeln, sich anzustrengen, kreativer und produktiver zu werden. Im weltweiten Schnitt werden 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung investiert, rohstoffreiche Länder wenden dafür lediglich 0,2 Prozent auf.

Sie bemühen sich teilweise nicht einmal darum, ihre Förderanlagen in Schuss zu halten. Viele Bohrtürme, Pipelines und Raffinerien haben die Macht haben am Persischen Golf nicht mehr erneuert, seit sie westliche Explorationsfirmen vor Jahrzehnten aus den Ländern verbannten. Manche Gerätschaft stammt noch aus den vierziger und fünfziger Jahren.

Solche Missstände werden verdrängt, solange das Öl fließt und die Dollar überwiesen werden. Stattdessen steigen die Ansprüche, und es werden Begehrlichkeiten geweckt: Schwarzes Gold füllt schwarze Kassen.

Auf der Korruptionsrangliste landen die rohstoffreichen Staaten durchweg auf den schlechteren Plätzen. Von 159 Ländern liegt laut Transparency International zum Beispiel Nigeria auf Platz 152, zusammen mit der Elfenbeinküste und Äquatorialguinea.

Halten Beamte die Hand auf, dann verzerrt dies den Wettbewerb, es verursacht unnötige Kosten und bremst die wirtschaftliche Entwicklung: Korruption zerstört den Anreiz, unternehmerisch tätig zu werden. Vor allem aber beschert sie den Ländern gewaltige Einnahmeverluste. Laut Internationalem Währungsfonds verschwanden in Angola allein im Jahr 2001 rund eine Milliarde Dollar von den Staatskonten – gleichzeitig leben rund drei Viertel der Bevölkerung von weniger als einem Dollar am Tag.

Ähnlich zerrissen präsentiert sich die Demokratische Republik Kongo, das frühere Zaire. Gold in der Provinz Ituri, Coltan in Nord-Kivu, Kupfer in Katanga: Nur an wenigen Stellen der Erde birgt der Boden solche Schätze wie hier – und ist zugleich so blutgetränkt.

Rund vier Millionen Menschen hat der Krieg im Osten des Lan-

des allein seit 1998 das Leben gekostet, wird geschätzt. „Krieg ist hier ein Dauerzustand“, sagt Kosta Koskinas, ein Goldhändler in Bunia, der Hauptstadt von Ituri. Viermal in den vergangenen acht Jahren floh der gebürtige Grieche vor marodierenden Milizen ins benachbarte Uganda.

Bevor er zurück nach Bunia kam, waren die Wege gesäumt von Leichen. Kindersoldaten patrouillierten durch die Straßen, sie schwenkten Macheten und Kalaschnikows, tranken Bier aus großen braunen Flaschen und bliesen verschüchterten Blauhelmen Zigarettenrauch ins Gesicht.

Nun ist vorerst Ruhe eingekehrt, Koskinas kann wieder seinen Handel treiben. Morgens um acht zieht er mit einem Bündel Geldscheinen, Franc-Congolaise und US-Dollar, auf den Goldmarkt am Rande der Stadt. Dort versammeln sich die Händler und stellen ihre Waagen auf. Etwa zehn Dollar kostet das Gramm derzeit, so viel wie seit Jahren nicht mehr. Sobald die Waffen schweigen, blüht das Geschäft.

Die Kindersoldaten haben sich in die Wälder zurückgezogen. Doch ihre Anführer warten nun darauf, dass der Krieg wieder entflammt.

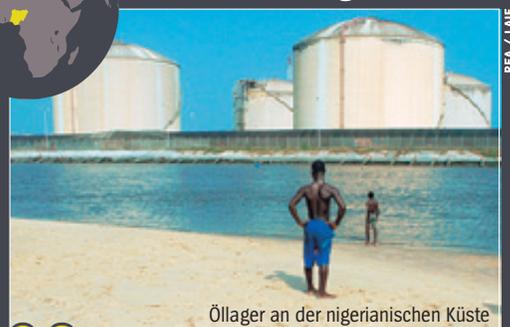
An Afrika, diesem mit Rohstoffen so gesegneten Kontinent, scheint der Fluch besonders hartnäckig zu haften. Die Bürgerkriege im Kongo, in Angola, im Sudan: Immer spielen Bodenschätze die entscheidende Rolle.

Rund 300 Millionen Afrikaner leben von täglich weniger als einem Dollar, ihre Lebenserwartung liegt im Schnitt bei 48 Jahren. Viele Kinder sind unterernährt, selten haben sie Zugang zu

PANOS PICTURES / VISUM



Nigeria: Erdöl



Öllager an der nigerianischen Küste

2,8% der Weltölvorräte befinden sich im bevölkerungsreichsten Staat Afrikas. Kaum irgendwo sonst werden derzeit so gewaltige Felder entdeckt. Doch das Land ist zerrüttet, Korruption und Misswirtschaft zermürben seine Einwohner. Der sechstgrößte Ölexporteur der Welt muss sogar Kraftstoff einführen, so desolat ist die Lage im Land.

BIP je Einwohner **645 \$**
 Korruption (159 erfasste Länder) **152. Rang**
 Lebenserwartung **43,4 Jahre**



Minenarbeiter in Bolivien: *Nach wie vor ein Knochenjob*

Schulen oder gar Universitäten, jedes fünfte Kind wächst in einem Kriegsgebiet auf.

Die Verantwortung für das Elend tragen nach Ansicht von Sanou Mbaye, einem ehemaligen Ökonomen der Afrikanischen Entwicklungsbank, in erster Linie die Afrikaner selbst, deren bürgerliche Gesellschaft „in Gleichgültigkeit und Trägheit“ gefangen scheine und deren politische Anführer ihr Volk betrügen würden. „Ihre nutz- und rücksichtslosen Aktivitäten bringen einen Großteil der Welt zur Überzeugung, dass Afrikaner zu nichts anderem imstande seien, als zu tanzen, sich gegenseitig abzuschlachten und zu beteln“, so Mbaye.

Diese Machthaber unterhalten gewaltige Militärapparate, sie versuchen, die Bevölkerung in den Rohstoffregionen in Schach zu halten. Aus dieser Spannung heraus entspringen separatistische Bewegungen: Die Einheimischen wollen die Bodenschätze nicht irgendeiner fernen, korrupten Regierung überlassen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete und Entwicklungsexperte Karl Addicks hat einen solchen Konflikt hautnah miterlebt. Anfang der neunziger Jahre war er als Firmenarzt im Nigerdelta beschäftigt, die Baufirma Bilfinger Berger, die dort für den Ölkonzern Shell Pipelines verlegte, hatte ihn engagiert. Mit dem Schnellboot

fuhr Addicks über die Flussläufe, von einer Baustelle zur nächsten.

Einmal wurde er von streikenden Ölarbeitern einige Stunden lang im Dschungel festgesetzt. „Ich konnte deren Wut nachvollziehen“, sagt er heute. „Die lokale Bevölkerung hat von den Ölfunden fast gar nichts.“ Zu Recht wehrten sich die Einheimischen gegen die Ausbeutung der Bodenschätze durch eine Zentralregierung, die ihrer Verantwortung bei der Verteilung der Rohstoffeinnahmen nicht gerecht werde, meint Addicks. „Ein großer Teil dieser Gelder findet sich regelmäßig auf ausländischen Privatkonten.“

Kein Wunder, dass Regierungen die Kontrolle über die Rohstoffe partout nicht aus der Hand geben wollen. „Sie bevorzugen es, immer noch den Big Daddy zu spielen“, kritisiert der südafrikanische Ökonom Themba Sono, statt die Entfaltung von Marktkräften zuzulassen oder gar zu fördern. In Nigeria fließen dem Staat rund 80 Prozent aus den Rohstoff-Erlösen zu, etwa 16 Prozent entfallen auf Betriebskosten, nur 4 Prozent gehen an die privaten Investoren aus dem Westen.

Entsprechend sind große Staatsfirmen wie Saudi Aramco, Kuwait Oil Company oder PDVSA (Venezuela) die wahren Giganten im Energiegeschäft, nicht Exxon, BP oder Shell. „Big Oil“ kontrolliert lediglich 15 Prozent der Förderprojekte

weltweit, am Bohrloch sind die Konzerne oft nur der Juniorpartner. Nicht sie seien deshalb primär für die Lage in den Rohstoffländern verantwortlich zu machen, meint Rashad-Rudolf Kaldany, Direktor einer Weltbank-Tochter, sondern die nationalen Gesellschaften: „Das ist der Ort, an dem die Korruption passiert.“

Welchen Stellenwert Staatsfirmen mittlerweile im internationalen Rohstoffgeschäft einnehmen, zeigt die Machtverteilung in Russland. Gasprom ist inzwischen das größte Unternehmen im Land und die wichtigste Geldquelle für das Riesenreich. In seinen Kompetenzen erinnert Konzernchef Alexej Miller eher an einen Kreml-Beamten: Mit wem er Verträge schließt, an wen er Gas verkauft und zu welchen Preisen, das entscheidet nicht in erster Linie der Markt, sondern der russische Präsident Wladimir Putin. Stetig weitet die Regierung ihren Einfluss auf die Wirtschaft aus, unter Putin hat der Staat seinen Anteil an Gasprom auf über 50 Prozent erhöht. Der Konzern hat sich für 13 Milliarden Dollar das Unternehmen Sibneft des Moguls Roman Abramowitsch einverleibt, Rosneft, das noch komplett dem Staat gehört, ist zur Nummer drei der Ölförderer im Land aufgestiegen. Heute sei Russland „die reichste Bürokratie der Welt“, höhnt der frühere Schachweltmeister Garri Kasparow.



TOM SCHULZE / TRANSIT

Kaufhaus GUM in Moskau: Eine kleine Clique wurde märchenhaft reich

Das russische Wirtschaftssystem weist inzwischen alle Züge eines Staatskapitalismus auf, wie ihn Lenin 1918 propagiert hat. Dem Gründer des Sowjetstaats schwebte eine Ökonomie mit „unter Kontrolle stehenden Unternehmern und Händlern“ vor.

Die real existierende russische Volkswirtschaft heutiger Tage leidet allerdings unter einer gefährlichen Schlagseite: Von den umgerechnet 263 Milliarden Euro Einnahmen, die 2005 in die Staatskasse flossen, stammten 97 Milliarden aus der Energiewirtschaft.

Jeden Tag verkaufen die Russen Öl im Wert von 500 Millionen Dollar, der Rubel hat stark an Wert gewonnen. Darunter leidet der Rest der Exportwirtschaft, sie verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Russland hat sich ganz offensichtlich mit der „Holländischen Krankheit“ angesteckt.

Dieses Phänomen war erstmals in den sechziger Jahren in den Niederlanden beobachtet worden. Damals wurde das Erdgasfeld vor Groningen erschlossen und Nordsee-Gas zum Exportschlager. Milliardensummen flossen ins Land, der Gulden gewann

immens an Wert. Dadurch verteuerten sich die übrigen Ausfuhrüter, Hollands Industrie fiel zurück.

Gleichzeitig waren dem holländischen Staat die Überschüsse aus dem Gasgeschäft „natürlich sehr willkommen“, wie sich

der spätere Ministerpräsident Wim Kok erinnert, allerdings wurden sie „im nichtproduktiven Bereich eingesetzt, besonders für Umverteilungen“. Löhne und Preise zogen an, das Haushaltsdefizit wuchs und letztlich auch die Arbeitslosigkeit. Holland war in Not – seinen Nachbarn, die nicht mit solch famosen Finanzquellen gesegnet waren, ging es weitaus besser.

Die „Holländische Krankheit“ befällt vorzugsweise Rohstoffländer. Die Kanadier erleben zurzeit eine ähnliche Entwicklung: Im Westen des Landes treibt der Abbau von Rohstoffen, vor allem von Ölsanden, die Konjunktur an. In den traditionellen Industriezentren wie Ontario oder Québec aber werden Arbeitsplätze vernichtet. Der kanadische Dollar hat gegenüber dem US-Dollar in drei Jahren um fast ein Drittel zugelegt, die Exportwirtschaft hat schwer zu kämpfen.

Dazu kommt ein weiterer unerwünschter Nebeneffekt: Die Arbeiter in der Ölindustrie und im Bergbau werden sehr gut bezahlt, der Fahrer eines Riesenlasters kann durchaus 100 000 Dollar im Jahr verdienen. Ein solches Lohnniveau zieht auch die Preise für andere Güter und Dienstleistungen in die Höhe; deshalb sind Rohstoffländer besonders inflationsgefährdet.

Dass ihre einseitige Wirtschaft sie anfällig und verletzlich macht, ist ihnen



Russland: Erdgas



Gaspipeline in Kursk, Techniker

27,5% aller derzeit wirtschaftlich förderbaren Gasvorräte der Welt liegen unter russischem Territorium, vor allem in Sibirien. Eine kleine Clique staatstreuer Oligarchen hat riesige Reichtümer angehäuft, die Masse der Bevölkerung jedoch geht leer aus: Fast 70 Prozent der Russen verdienen monatlich weniger als umgerechnet 200 Dollar.

BIP je Einwohner	5459 \$
Korruption (159 erfasste Länder)	126. Rang
Lebenserwartung	65,3 Jahre



LESUE MAZUCH / AP

Obdachlose in Caracas: Pro-Kopf-Einkommen wie vor 25 Jahren

durchaus bewusst. Inzwischen versuchen einige, die Schiefelage zu korrigieren. Gerade die kleineren Förderländer am Persischen Golf beginnen damit, sich weitere Wohlstandsquellen zu erschließen.

Dubai präsentiert sich als Tourismusziel und bietet sich als Finanzdienstleister an, der das Petrodollar-Vermögen der reichen Nachbarn managt. Insgesamt gehen die arabischen Golfstaaten mittlerweile vorsichtiger mit dem Geldsegen um. Zu oft haben sie schon bitter erfahren müssen, wie zyklisch die Preisentwicklung verlaufen kann.

Sie nutzen ihre „Windfall-Profits“ nun auch zum Abbau von Schulden und für den Ausbau der eigenen Öl- und Gasindustrie. Schließlich wird die Exploration immer teurer und aufwendiger. Wollen sie noch eine Zeitlang von ihren Bodenschätzen leben, müssen sie ihre Anlagen jetzt modernisieren.

So wächst allmählich die Einsicht in den Rohstoffländern, dass sie verantwortlicher als bisher umgehen sollten mit dem potentiellen Reichtum, der aus der Erde kommt. Wie das funktionieren kann, dafür gibt es einige Vorbilder.

Norwegen zum Beispiel prosperiert, obwohl es über ungeheure Bodenschätze verfügt. Das Land, drittgrößter Ölexporteur der Welt, hat keine Schulden, es ist nicht bekannt für Korruption, die Verwaltung funktioniert zuverlässig, die Bürger leben in beneidenswertem Wohlstand. Dass die Skandinavier so von ihren Rohstoffen profitieren, verdanken sie allerdings auch einem historischen Umstand, meint Hubertus Bardt vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln: „Die wirt-

schaftlichen und politischen Institutionen waren schon gefestigt und stabil, als Ende der sechziger Jahre Erdöl in der Nordsee entdeckt wurde.“

Um gar nicht erst in Versuchung zu geraten, den natürlichen Reichtum zu verschwenden, hat Norwegen einen Petroleumfonds eingerichtet, er soll künftigen Generationen zugutekommen. Gemanagt wird er von Knut Kjær, einem Zentralbanker, der in einem hochgesicherten Bürogebäude in der Osloer Innenstadt arbeitet und sich von einem Ethik-Beauftragten beraten lässt.

Nie habe ein Politiker angerufen, um ihm reinzureden, wie er die Exporterlöse anlegen soll, versichert der Vermögensverwalter. Ihm ist lediglich vorgegeben, 60 Prozent der Wertpapiere in Anleihen und 40 Prozent in Aktien zu investieren, Rüstungskonzerne sind tabu. Inzwischen ist das Fondsvermögen auf knapp 200 Milliarden Euro angeschwollen. Kjær verwaltet immerhin 0,3 Prozent aller Aktien, die weltweit gehandelt werden.

Nur rund die Hälfte der jährlichen Überschüsse des Fonds darf in den norwegischen Haushalt fließen. Im Jahr 2005 erzielte Kjær eine Rendite von 11,1 Prozent, das entspricht aufs Jahr gerechnet knapp 20 Milliarden Euro – eine Finanzquelle, um die jeder Finanzminister die Norweger beneidet.

Ähnliche Fonds existieren in Alaska, in der kanadischen Pro-

vinz Alberta, in Chile und auch in Botswana. Der afrikanische Staat ist das beste Beispiel dafür, dass auch ein ehemaliges Kolonialland durchaus in der Lage ist, sich vom Fluch des Rohstoffs zu befreien.

Vor 40 Jahren, als das britische Protektorat endete, war Botswana einer der unterentwickeltesten Staaten der Erde, dann fanden Geologen des Minenkonzerns De Beers Diamanten. Heute ist das Land, gemessen am Wert, der weltgrößte Exporteur der Edelsteine, ein Fünftel aller Diamanten weltweit kommt von hier: gut fünf Tonnen im Jahr.



Venezuela: Erdöl



FERNANDO LLANO / AP

Beladung von Öltankern

6,2% der Weltölreserven liegen im Einflussbereich des lateinamerikanischen Staates. Präsident Hugo Chávez fährt einen harten Linkskurs: Er will die Ölindustrie komplett verstaatlichen und die Einnahmen aus dem Geschäft umverteilen. Die chaotische Wirtschaftspolitik hat jedoch Investoren verschreckt, die Ölanlagen verrotten zusehends.

BIP je Einwohner	4656 \$
Korruption (159 erfasste Länder)	130. Rang
Anteil der Unterernährten	17 %



Familienberatung in Botswana: Zum afrikanischen Modellstaat gemausert

Botswana hat sich zum afrikanischen Modellstaat gemausert. Jahr für Jahr steigt das Durchschnittseinkommen, fast nirgends verdienen Afrikaner mehr pro Kopf. „Botswana nutzt seine Ressourcen besonders verantwortungsvoll“, lobt Donald Kaberuka, Präsident der Afrikanischen Entwicklungsbank.

Kaum ein anderes Land investiert, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, so viel in Bildung. Das Gesundheitswesen funktioniert, ebenso das Schulsystem, die meisten Bürger können lesen und schreiben, sieben Prozent haben einen Hochschulabschluss. Die Wahlen laufen korrekt ab, auch wenn immer dieselbe Partei gewinnt. Nur eines bekommt das Land nicht in den Griff: Gut ein Drittel der Erwachsenen ist HIV-positiv. Doch immerhin wird die Hälfte der Aids-Kranken kostenlos medizinisch versorgt.

Warum Botswana erreicht hat, was anderen versagt bleibt, dafür gibt es verschiedene Erklärungen. Die einen sehen das Erfolgsrezept in der Art, wie Privatwirtschaft und Staat zusammenarbeiten: Das Unternehmen Debswana, Monopolist in der Diamantenproduktion, gehört je zur Hälfte dem Staat und De Beers. Andere verweisen auf die Tradition des britischen Rechtssystems, die noch heute prägend wirke, besonders der Schutz des Eigentums. Wieder andere betonen, dass die Einwohner überwiegend einem Volk angehören, Botswana ist ethnisch nicht so zersplittert wie andere afrikanische Staaten und mit nur 1,8 Millionen Einwohnern von überschaubarer Größe.

Was auch immer den Ausschlag geben mag: Am Ende ist jedenfalls entscheidend, dass der Staat eines rohstoffreichen Landes

stark ist, dass er die Kraft hat, Recht zu setzen und auch durchzusetzen. Marktwirtschaft allein reiche nicht aus, damit sich ein Land positiv entwickle, meint der Politologe Francis Fukuyama: „Während sich das 20. Jahrhundert durch Zusammenstöße zwischen großen, mächtigen und gut organisierten Staaten ausgezeichnet hat, entspringt die Instabilität des 21. Jahrhunderts aus der Schwäche von Staaten.“

Der relative Wohlstand in Botswana ist umso erstaunlicher, da in nächster Umgebung, in Angola und Sambia, lange Jahre Terror, Elend und Chaos geherrscht haben. Inzwischen hat sich dort die Lage ein wenig verbessert, seit drei Jahren ist der sogenannte Kimberley-Prozess in Kraft, die Bürgerrechtsgruppe „Global Witness“ hat ihn mitinitiiert.

Dieses Abkommen verfolgt das Ziel, den Handel mit Diamanten aus Kriegsgebieten zu unterbinden. Die 69 Unterzeichner stehen für praktisch die gesamte Rohdiamantproduktion. Die freiwillige Vereinbarung bietet keinerlei Gewähr für Wohlverhalten – und ist dennoch als Strategie gegen Misswirtschaft und Korruption vielversprechend.

Der Spekulant und Mäzen George Soros hat gemeinsam mit Bürgerrechtsgruppen vor vier Jahren „Publish What You Pay“ ins Leben gerufen; danach verpflichten sich Regierungen und Fördergesellschaften, ihre wechselseitigen Finanzströme offenzulegen.

Ein anderer Vorstoß, die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), unterstützt vom britischen Premier Tony Blair, setzt ebenfalls darauf, dass die Akteure im Rohstoffgeschäft ihre Karten auf den Tisch legen.

Zu den EITI-Unterzeichnern gehört der britisch-australische Bergbaukonzern Rio Tinto, die Nummer zwei im globalen Minengeschäft. Es ist gewiss kein Altruismus, sondern der pure Eigennutz, der solche Größen der Bergbauindustrie mitmachen lässt. Sie sind selbst Leidtragende, wenn sie sich nicht auf Recht und Gesetz verlassen können. Schließlich planen sie, wenn sie ein Minenprojekt in Angriff nehmen, für Jahrzehnte im Voraus. „Der Mangel an verantwortungsvoller Regierungsführung und die Existenz von Korruption in vielen Ländern bleiben heute das größte Hindernis für langfristige Investitionen“, klagt Rio-Tinto-Chef Leigh Clifford.

Gleichwohl bleiben die Bergbaufirmen und Ölkonzerne in einem Dilemma gefangen: Am liebsten wäre es ihnen, wenn sie nur als Gäste im jeweiligen Förderland betrachtet würden und dort ungestört ihren Geschäften nachgehen könnten. Doch sie sind nun mal der oft mit Abstand wichtigste Wirtschaftsfaktor im Land, sie haben Einfluss. Einige nutzen ihn.

Shell, BP und Exxon bauen Schulen und Krankenhäuser, verlegen Stromleitungen, erschließen Straßen. Sie machen sich vor Ort nützlich – mehr allerdings auch nicht. „Unserer Verantwortung sind Grenzen gesetzt“, räumt der BP-Direktor Jürgen Cuno ein. Die Ölkonzerne könnten keinen Einfluss darauf nehmen, wie ein Staat seine Einnahmen verwendet, meint er.

Warum sollten sie auch, wenn selbst die westlichen demokratischen Regierungen in dieser Hinsicht keineswegs vorbildlich handeln. Noch immer würden korrupte Regime und menschenrechtsverletzende Schurkenstaaten aus dem deutschen Entwicklungsetat unterstützt, schimpft FDP-Mann Addicks. „Wenn wir es ernst meinen mit der Forderung nach guter Regierungsführung“, so der Politiker, „müssen wir die Gewährung von Entwicklungshilfe auch davon abhängig machen.“

Dass rohstoffreiche Länder von ihrem naturgegebenen Vermögen so selten profitieren, „ist kein Naturgesetz“, sagt Cobus de Swardt von Transparency International. „Das Problem ist lösbar“, meint er. „Was wir dazu brauchen, ist der politische Wille.“

JENS GLÜSING, ALEXANDER JUNG, UWE KLUSMANN, THILO THIELKE